4. Quartal 2020

4 ETV NEWS

Elektrotechnischer Verein (ETV) e.V.
Bezirksverein Berlin-Brandenburg im VDE

Wir bitten unsere Mitglieder und Leser der ETV NEWS um Entschuldigung, dass die Ausgabe 3/2020 entfallen ist. Der Grund war, wie Sie verstehen werden, die aktuelle Corona-Situation. Wir hoffen und wünschen Ihnen, dass die Ausgabe 4/2020 Sie in guter Gesundheit erreicht, und dass Sie und Ihre Angehörigen die Corona-Pandemie nicht betreffen wird.

Geschäftsführung und Redaktion der ETV NEWS.

Liebe Vereinsmitglieder,

mit der Verabschiedung der Richtlinien für die Zusammenarbeit in der Region Ost-Mitte des VDE sind nun gemeinsame, anspruchsvolle Ziele vereinbart und öffentlichkeitswirksame „Regionenprojekte“ möglich geworden. Zu Ost-Mitte gehören die Bezirksvereine Lausitz, Magdeburg, Thüringen, Leipzig-Halle, Chemnitz, Dresden und auch unser ETV Elektrotechnischer Verein.

Die Region erhält seit Anfang 2020 professionelle Hilfe seitens des Zentralverbandes – in Person von Dipl.-Ing. Ralf Berger, Leiter der Region Ost-Mitte des VDE. Er unterstützt unsere Region bei der Steigerung der Attraktivität, der öffentlichen Wahrnehmung und bei der Ausprägung als Verbund kompetenter Ansprechpartner für die vielen aktuellen Themen und Herausforderungen unserer Zeit. Ralf Berger gilt an dieser Stelle mein Dank für die engagierte Unterstützung!

Wir befinden uns inmitten herausfordernder Zeiten: „COVID-19“ hat uns bei vielen Aktivitäten einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Erfahrung lehrt indes, dass Anpassungsfähigkeit eine erfolgreiche Überlebensstrategie ist.

Die Arbeit des ETV ist seit der Gründung wesentlich von den hochkarätigen Vorträgen mit anschließender Diskussion geprägt. Viele dieser Präsenzveranstaltungen mussten wir leider umständehalber absagen oder verschieben. Wir sind aber seitens des Vorstandes und der Region Ost-Mitte nicht untätig geblieben und haben eine zwölfteilige Online-Seminarreihe „Digitalisierung – Bist Du sicher?“ ins Leben gerufen, zu der Sie bereits Einladungen erhalten haben, herzlich eingeladen sind und die sich großem Zuspruch erfreut. An dieser Stelle möchte ich VDE Content Manager Dr.-Ing. Christian Groß für seine kompetente Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung dieses neuen Veranstaltungsformates danken! Durch seine Vermittlung war es möglich, hochkarätige Gäste mit im Seminar zu haben, so z.B. Dr. Steffen Kammradt, Sprecher der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderung Brandenburg.

Wir werden in Zukunft neben reinen Online-Formaten auch sogenannte hybride Veranstaltungen mit in unser Programm aufnehmen: Das sind Veranstaltungen mit einer Mischung aus Präsenzcharakter und Online-Teilnahme.

Unsere Donnerstagslektionen bilden schon seit vielen Jahren einen festen Bestandteil unserer Vereinstätigkeit. Mit ihren Vortragsreihen aus den Bereichen der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik sowie aktuellen Schwerpunktthemen aus Wissenschaft und Technik haben wir eine Plattform zum regen Erfahrungsaustausch und Networking zwischen Wissenschaft, Forschung und Industrie geschaffen. Ab Herbst 2020 möchten wir unsere Donnerstagslektionen in hybrider Form durchführen. Dabei werden wir die Vorträge mit anschließenden Podiumsdiskussionen in unseren Räumen oder den Räumlichkeiten von Partnerunternehmen bzw. -organisationen mit einer begrenzten Teilnehmerzahl abhalten. Gleichzeitig planen wir, die Vorträge per Video aufzuzeichnen und diese dann sowohl den Vortragenden als auch unseren Mitgliedern im Internet zur Verfügung zu stellen.

Bitte statten Sie unserer Website regelmäßig einen Besuch ab, auf der sich inzwischen wieder eine nennenswerte Anzahl interessanter und hochkarätiger Veranstaltungen befinden: Sie sind herzlich eingeladen, gerade auch wieder an Präsenzveranstaltungen teilzunehmen!

Ich freue mich, Sie bei nächster Gelegenheit wieder persönlich oder auch bei Online-Veranstaltungen begrüßen zu dürfen

Ihr Carsten Pinnow

ETV VDE
Donnerstagslektionen
www.vde.berlin.de



Künstliche Intelligenz oder Science-Fiction?

Dr. Isabella Hermann
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW)
08. Oktober 2020 um 18.00 Uhr
im VDE-Haus, Bismarckstr. 33, 10625 Berlin



Beim Thema Künstliche Intelligenz denken viele Menschen nicht an die Zukunft, sondern an die Vergangenheit – an teilweise jahrzehntealte Science-Fiction-Filme nämlich, die ihre Vorstellung von intelligenten Maschinen geprägt haben. Dabei haben Figuren wie der Computer HAL 9000 aus dem Film „2001: Odyssee im Weltraum“, das Modell T-800 aus „Terminator“ oder Data aus „Star Trek: Das nächste Jahrhundert“ so gut wie nichts mit modernen KI-Systemen gemeinsam. Es gilt deshalb, diese Vorstellungen aus der Vergangenheit hinter sich zu lassen und sich stattdessen auf die Fragen zu konzentrieren, die in der Zukunft wirklich relevant sein werden: Was richten KI-Systeme innerhalb von Gesellschaften an und welche sozialen Gruppen können sie benachteiligen, wenn wir nicht vorab ihre Funktionsweise und ihren Einsatz regulieren? Werden Ungleichheiten in Unternehmen und Behörden verfestigt, wenn immer mehr automatisierte Systeme zum Einsatz kommen? Werden die Menschen, die sowieso schon zu den Schwächeren in der Gesellschaft zählen, durch KI-basierte Scoring-Modelle bestraft? Übertragen computergestützte Vorhersagemodelle Vorurteile weiter in die Zukunft? Der Vortrag geht der Frage nach, was bei der KI „Science“ und was „Fiction“ ist.

Dr. Isabella Hermann ist Politikwissenschaftlerin und promovierte im Fachbereich Internationale Beziehungen. Ihr allgemeines Forschungsinteresse gilt der Frage, wie Diskurse über neue Technologien globale Machtstrukturen bestimmen. Besonders untersucht sie dabei das Science-Fiction-Genre als Beitrag zur Diskussion über neue Technologien, (politische) Wertesysteme und globale Politik. Als Wissenschaftliche Koordinatorin der Interdisziplinären Arbeitsgruppe “Verantwortung: Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz” der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) beschäftigt sie sich mit den ethischen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen von KI-Systemen im Hinblick auf menschliche Verantwortung.

Die ETV–Donnerstagslektionen behandeln aktuelle Themen der Elektro- und Informationstechnik und finden jeweils am zweiten Donnerstag im Monat um 18 Uhr im VDE-Haus statt. Der Eintritt ist frei, ein anschließender Stammtisch im benachbarten Restaurant Don Giovanni, Bismarckstraße 28 gibt Möglichkeiten zu vertiefenden Diskussionen. Nähere Informationen finden Sie unter www.vde-etv-berlin.de. Bitte melden Sie sich möglichst telefonisch unter 0303414566 oder per Email unter kontakt@etv-berlin.com.

Impressum

Herausgeber: Elektrotechnischer Verein (ETV) e.V.
Bezirksverein Berlin-Brandenburg im VDE
Bismarckstraße 33, 10625 Berlin
Verantwortlich: Heinz-H. Schramm
Geschäftszeiten: Di.-Do., 10-14 Uhr
Anmeldungen für Veranstaltungen unter:
Telefon: 030-341 45 66; Fax: 030-342 07 17
E-Mail: kontakt@etv-berlin.com
Internet: www.vde-berlin-brandenburg.de
Gestaltung und Druck: Oktoberdruck GmbH,
Grenzgrabenstraße 4, 2. OG,
13053 Berlin (Hohenschönhausen)

Corona kürzt Mietrecht-Schonzeit

Pandemie-Folgen für Bundesregierung kein Grund Betroffene zu schützen?

Verlängerung oder Erweiterung bestimmter Mieterschutzmaßnahmen, die durch die Pandemie verursacht wurden, halten Bundestag und Bundesregierung für nicht erforderlich. Erneut ist die Miete zu zahlen. Handwerkern oder Kaufinteressenten darf nicht länger der Zutritt zur Wohnung verwehrt werden und Modernisierungen gelten wieder als zumutbar. Ein Beitrag über solche Begebenheiten, geschrieben von Birgit Leiß, ist im Berliner „MieterMagazin“ 8/2020 erschienen. Leicht gekürzt drucken wir diese Informationen.

Für die Bundesregierung sind die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie offenbar kein Grund, für einen besonderen Schutz der Mieter zu sorgen. Trotz steigender Kurzarbeit – in Berlin ist fast jeder vierte Beschäftigte betroffen – und trotz der dramatischen Situation vieler Selbstständiger wurde das Kündigungsmoratorium für Corona-bedingte Mietschulden nicht verlängert.

Seit dem 1. Juli gilt: Wer seine Miete nicht oder nicht vollständig zahlt, kann gekündigt werden. Ein Rückstand von mehr als einer Monatsmiete genügt. Die vom 1. April bis 30. Juni geltende Möglichkeit der Stundung wurde bislang nicht verlängert. Durch eine Rechtsverordnung hätte die Bundesregierung dies problemlos erledigen können, was aber von der CDU torpediert wurde. Bei Mieterorganisationen und Sozialverbänden stieß dies auf Unverständnis. „Es sei kurzsichtig und nicht nachvollziehbar, dass Schutzmaßnahmen wie das Mieten-Moratorium schon wieder heruntergefahren werden“, erklärte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Dort hatte man sich in einem Vorstandsbeschluss dafür ausgesprochen, die Stundungsmöglichkeit – die übrigens auch für Gewerbemieter galt – mindestens bis zum 30. September zu verlängern.

Als „zutiefst asozial und unsolidarisch“ kritisierte Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, das Vorgehen der Bundesregierung. Sie lasse die Mieterinnen und Mieter im Regen stehen und das, obwohl auch die jetzige Regelung kein Schuldenerlass war, sondern nur ein – wegen der Verzugszinsen – teurer Aufschub der Zahlungspflicht. „Statt sozial verantwortlicher Vorausschau übt sich die Regierung schon wieder in der Bedienung der Hauseigentümerklientel“, so Wild. Dabei seien die Vermieter wirtschaftlich nicht wirklich belastet: Die Immobilienwirtschaft ist bislang prima durch die Krise gekommen – auch deswegen, weil nur sehr wenige Mieter eine Stundung der Miete in Anspruch genommen haben. Beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) waren es lediglich 0,3 Prozent.

Genau das musste von Regierungsseite als Begründung herhalten, dass die Regelungen überflüssig seien. Das Problem dürfte sich aber noch verschärfen, meint Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB). „Schwierig wird’s erst später, wenn sämtliche Ersparnisse aufgebraucht sind.“ Es sei doch klar, dass man als Allererstes die Miete zahlt. Doch mit seiner Forderung nach einem Sicher-Wohnen-Fonds konnte sich der DMB bislang nicht durchsetzen.

Ein solcher Fonds soll Mietern in Not zinslose Darlehen oder Zuschüsse gewähren. Profitieren sollen nicht die großen Wohnungsunternehmen, sondern kleine Hausbesitzer, die durch Mietausfälle tatsächlich in Schieflage geraten könnten. Beide Seiten, Mieter und Vermieter müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen. Wuchermieten will man auf keinen Fall finanzieren. Mittlerweile feilt man beim DMB an einem modifizierten nicht-Corona-spezifischen Modell. Die Details werden noch erarbeitet. Fest steht, dass sich die Wohnungswirtschaft finanziell beteiligen soll. „Es soll ein Solidarfonds auf Dauer sein, der auch in anderen Krisen und Notsituationen einspringt“, erklärte Siebenkotten. Wichtig für alle Mieter, die seit dem 1. April 2020 Corona-bedingt Mietschulden angehäuft haben. Sie haben bis Ende Juni 2022 Zeit, die Miete nachzuzahlen – inklusive Zinsen von 4 bis 6 Prozent.

Was hat sich sonst noch geändert?

Seit Berlin die Kontaktbeschränkungen aufgehoben hat, kann man Besichtigungen durch den Vermieter beziehungsweise durch Kauf- oder Mietinteressenten nicht mehr unter Verweis auf die Ansteckungsgefahr ablehnen. Auch Handwerkern, Heizungsablesern oder Monteuren, etwa für die Anbringung von Rauchmeldern, muss wieder Zutritt gewährt werden. Allerdings kann man darauf bestehen, dass der Mindestabstand eingehalten oder ein Mund-Nasenschutz getragen wird.

Etwas Anderes kann gelten, wenn man zu einer gesundheitlich klar gefährdeten Risikogruppe gehört. Weil es hier auf den Einzelfall ankommt, empfiehlt sich eine Rechtsberatung. Allein der Hinweis auf ein Lebensalter über 60 Jahren dürfte nicht ausreichen. Auch ein Anspruch auf Übersendung der Belege aus der Betriebskostenabrechnung per Email oder in Kopie besteht seit der Lockerung nicht mehr. Sofern sich das Büro des Hausverwalters in Berlin befindet, muss man sich wieder dorthin bemühen.

Die bekannten Hygieneregeln sind einzuhalten. Nach wie vor gilt: Wer an Covid 19 erkrankt ist oder unter Quarantäne steht, muss nicht ausziehen, auch wenn die Wohnung bereits gekündigt worden ist. Das Recht der Mieterinnen und Mieter auf körperliche Unversehrtheit hat Vorrang vor dem Räumungsinteresse des Eigentümers. Während des Lockdowns wurden geplante Modernisierungsmaßnahmen von den meisten Vermietern zurückgestellt. Mit der Lockerung gilt nun: Bauarbeiten sind wieder zumutbar. Für Mieter, die zu einer gesundheitlich gefährdeten Risikogruppe gehören, kann jedoch bei umfangreicheren Maßnahmen in der Wohnung der vorübergehende Umzug in eine Ersatzwohnung oder ein Hotel erforderlich sein.

Eine gute Nachricht für alle Wohnungswechsler: Der privat organisierte Umzug mit Freunden und Bekannten ist wieder ohne Einschränkung erlaubt. Lediglich bei einer Ausgangssperre darf der Umzug ausschließlich durch professionelle Umzugsunternehmen erfolgen.

Europa belebt Batterieproduktion

Ganze Industriezweige waren im Kampf um die Stromspeicher machtlos / Das soll sich nun wohl ändern

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat dem Batteriehersteller Varta einen Förderbescheid übergeben. Das Papier gilt für 300 Millionen Euro. Mit diesem Geld soll und will Varta die nächste Generation von Lithium-Ionen-Zellen erforschen und daraus dann eine regelrechte Massenproduktion entwickeln. Altmaier sagte bei dieser Gelegenheit am Varta-Standort, Deutschland wolle nun mal ein Autoland bleiben. Natürlich würden bei uns bereits Batteriezellen produziert. Nun aber folge der entscheidende nächste Schritt – „hin zur Großserie von Batteriezellen für Automobile und industrielle Anwendungen."

Zu den Bundesmitteln – so berichtet dpa ergänzend – steuern auch Baden-Württemberg und Bayern bestimmte Summen bei. Sie sollen helfen, das Vorhaben an den beiden Varta-Standorten Ellwangen und Nördlingen plangerecht und pünktlich auszubauen. Im ganzen Land fördert das Bundeswirtschaftsministerium die Batterielieferung mit 1,7 Milliarden Euro. Dazu gab Minister Altmaier auch eine Prognose bekannt: Bis zum Jahr 2030 werde ein Drittel des Weltbedarfs an Batterien für Autos in Europa produziert.

Diese Voraussage stützt sich auf wesentliche aktuelle Neuerungen. Europas Aufholjagd im globalen Elektroauto-Rennen beginnt an einem unwahrscheinlichen Ort: Skellefta ist eine abgelegene Kleinstadt mit 35.000 Einwohnern hoch oben im Norden Schwedens, neun Autostunden von Stockholm entfernt. Ausgerechnet hier wird ein Meilenstein für die europäische Autoindustrie gesetzt – und zwar von einem Unternehmen, dessen Name bisher nur Fachleuten geläufig war. Das schwedische Startup Northvolt will 2021 als erster heimischer Hersteller in Europa eine Fabrik eröffnen, die Lithium-Ionen-Akkus für Elektroautos in Großserien fertigt. Bisher sind Europas Autohersteller bei dieser Schlüsseltechnologie fast vollständig von asiatischen Batterie-Lieferanten abhängig. Kein anderes europäisches Unternehmen ist so weit wie Northvolt. Zu dessen Investoren gehören unter anderem die deutschen Konzerne Volkswagen und BMW sowie die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs, außerdem auch eine schwedische Versicherung und die Beteiligungsgesellschaft des Möbelkonzerns IKEA.

Das Fabrikgelände in Skellefta ist so groß wie 70 Fußballfelder. Zwei von drei geplanten Gebäudeblöcken stehen schon. „Die grünsten Batterien der Welt" würden hier gefertigt, verspricht Northvolt und investiert dafür rund 1,6 Milliarden Euro.

Aber das soll nur der Anfang sein. Northvolt spielt auch eine Schlüsselrolle in der Elektroauto-Offensive des deutschen Volkswagen-Konzerns. Gemeinsam mit den Schweden baut der größte Autohersteller der Welt im niedersächsischen Salzgitter seine erste Batteriezellenfabrik. 900 Millionen Euro investierte VW im vergangenen Jahr in die Kooperation, einschließlich einer Beteiligung von 20 Prozent an Northvolt.

„Die Fabrik in Skellefta ist quasi die Blaupause für das Werk in Salzgitter", sagt Northvolt-Vorstandschef Peter Carlsson. Der frühere Tesla-Manager hat sein Ingenieurdiplom an der Technischen Universität in Lulea abgelegt, das noch weiter im Norden liegt als Skellefta. Er gründete das Unternehmen vor fünf Jahren zusammen mit zwei schwedischen Privatinvestoren und einem früheren Tesla-Kollegen aus Italien.

Es ist kein Zufall, dass das in Schweden und nicht irgendwo anders in Europa passiert ist. Das Land verfügt über gewaltig viel Wasserkraft. Sie liefert fast die Hälfte der schwedischen Stromproduktion, ohne jeden CO_2-Ausstoß. das ist nicht nur sauber, sondern auch günstig. Unternehmen zahlen in Schweden für ihre Stromrechnung durchschnittlich nur halb so viel je Kilowattstunde wie in Deutschland.

Besonders üppig strömt das Wasser in Nordschweden, deshalb der etwas exotische Standort Skellefta. Mit dem örtlichen Energieversorger habe man einen Sondervertrag abgeschlossen, sagt Carlsson. Der Clou ist, dass Northvolt dort nicht nur Batterien herstellen will, sondern auch das dafür benötigte und in der Branche sonst von Chemiefabriken angekaufte Kathodenmaterial. Für diesen vorgelagerten Arbeitsschritt wird besonders viel Energie benötigt, die in Sellefta eben klimafreundlich und günstig zur Verfügung steht. Folgerichtig wird das gemeinsam mit VW geplante Werk in Salzgitter dieses Material nicht selbst herstellen, sondern aus Nordschweden beziehen.

Ab 2024 wollen VW und Nothvolt in Salzgitter zusammen Lithium-Ionen-Batterien herstellen. Zunächst soll die Jahresleistung 16 Gigawattstunden betragen, genügend Batterien für den Bau von rund 250.000 Elektroautos im Jahr. Binnen zehn Jahren wollen die Wolfsburger rund 70 verschiedene Elektroauto-Modelle auf die Straße bringen und insgesamt 22 Millionen Fahrzeuge mit Elektroantrieb verkaufen. Dafür brauchen sie jede Menge Batteriezellen, deshalb ist das Gemeinschaftsunternehmen mit Northvolt für diesen Konzern, wie überhaupt für die Batterieproduktion Europas, so wichtig.

Eine weitere, die Prognose von Minister Altmaier stützende Qualitätsänderung der Produktionsverhältnisse hat Lithium ausgelöst. Dieses Leichtmetall mit sehr geringer Dichte wird in großen Mengen gebraucht. Eine Zahl für die Jahresmenge 2019 lautet 77.000 Tonnen. Mehr als die Hälfte davon wird für Batterien verwendet. Bedient werden damit Handys ebenso wie Elektroautos. Der Lithiumbedarf soll bis 2035 über das Dreifache umfassen. Gedeckt wurde er bisher für Deutschland durch Importe aus Chile, Südafrika, Australien und anderen Ländern, die sich ihren Versand sehr gut bezahlen lassen. Deutsche Forscher vom Institut für Technologie in Karlsruhe (KIT) haben einen Weg gefunden, die teuren Importe einzusparen und Lithium hier selbst zu gewinnen. Das KIT hat ein Patent angemeldet: Tausende Tonnen des wertvollen Rohstoffs können aus dem Oberrheingraben gezogen werden. Dort befinden sich in tiefen Gesteinslagen salzige Thermalwasserreservoire, in denen beträchtliche Mengen des Elements Lithium gelöst sind.

Aus dem Thermalwasser werden die Lithium-Ionen herausgefiltert. Im zweiten Schritt wird weiter konzentriert, bis Lithium als Salz ausgefällt werden kann. Das beschreibt Jens Grimmer, der zusammen mit seiner Kollegin Florencia Saravia das

Fortsetzung auf Seite 15 …

EU plant schon die nächste Generation

Von der Leyen: Unsere Arbeit gilt den Wegen, die uns in die Zukunft leiten / Beschluss der 27 Staats- und Regierungschefs gilt mit Fug und Recht als historisch

Früher kamen die Stärkeren gut durch die Krisen, während schwächere Länder meist einen hohen Preis zahlen mussten. Das hat sich mit Beschlüssen des Europäischen Rates jüngst geändert. Darauf verweist Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionspräsidentin, in einem Gastbeitrag im „Handelsblatt". Auf diesen Text machte uns die EU-Niederlassung Unter den Linden im Gespräch aufmerksam. Aus dem von der Leyen-Text bieten wir unseren Lesern einige Auszüge:

„Einige werden fragen, warum ausgerechnet Deutschland zusammen mit anderen, teilweise Hunderte Kilometer entfernten Ländern, Geld aufnehmen und zurückzahlen sollte. Die Antwort ist einfach. Europas Wohlstand basiert auf seiner Einheit und Gemeinschaft und vor allem einem florierenden Binnenmarkt. Jeder Euro, der in einem Land investiert wird, wird in Wirklichkeit in das Gemeinwohl aller investiert."

Im Wortlaut der Autorin von der Leyen heißt es weiter: „Geschichte wiederholt sich bekanntermaßen nicht. Aber Europa hat eine ganz besondere Tradition, in alte Reflexe zurückzufallen. Zumindest galt das bis jetzt. Angesichts eines Virus, das Menschenleben und Existenzgrundlagen auslöscht, ist Europa nicht in alte Muster zurückgefallen, die selbst ein Jahrzehnt nach der Finanzkrise noch nicht vollständig verheilt waren.

Stattdessen haben wir uns dafür entschieden, zusammenzustehen und in eine gemeinsame Zukunft zu investieren. Deshalb dürfen wir den Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU für ein Aufbaupaket mit Fug und Recht historisch nennen.

Zunächst die Zahlen. Europa wird über ein Aufbauinstrument im Umfang von 750 Mrd. Euro verfügen, um die am stärksten Betroffenen zu unterstützen. Das Programm heißt „Next Generation EU" und soll dazu beitragen, dass wir unseren Kindern eine grünere, digitalere und robustere Union übergeben. Hinzu kommen Mittel aus dem EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre, womit das Gesamtpaket auf 1,8 Billionen Euro anwächst.

Historisch ist aber auch die Art und Weise, wie Europa das Problem anpackt. Zum ersten Mal wird die Kommission ihre starke Position auf den Kapitalmärkten nutzen, um Mittel für „Next Generation EU" aufzunehmen.

Dieses Mal lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit. Weil wir wissen, dass wir alle nur dann wieder auf die Beine kommen, wenn wir uns gegenseitig aufhelfen. Deshalb fließen die Mittel hauptsächlich als Zuschüsse in die Mitgliedsstaaten. So unterstützen Mittel aus Europa Menschen und Institutionen zwischen Flensburg und Freiburg. Sie sichern Arbeitsplätze zwischen Cottbus und Köln und stärken zugleich die Rolle Europas in der Welt.

30 Prozent für Ausgaben im Zusammenhang mit Klimaschutz

Die Reformen und Investitionen zielen auf die gemeinsamen Ziele wie Digitalisierung und den Green Deal und sollen zugleich auf die unterschiedlichen Ausgangslagen der Mitgliedsstaaten Rücksicht nehmen. In einigen Ländern können Arbeitsmarktreformen unterstützt werden. In anderen wird der Schwerpunkt auf beruflicher Bildung liegen, damit Menschen nach der Krise einen Job finden. Einige werden in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren, andere in moderne Verkehrsverbindungen. Entscheidend jedoch ist, dass Alle entsprechende Beiträge auf den europäischen Green Deal einzahlen. 30 Prozent der insgesamt 1,8 Billionen Euro stehen für Ausgaben im Zusammenhang mit dem Klimaschutz zur Verfügung. Ein neuer Fonds mit 17,5 Mrd. Euro soll gezielt Menschen und Regionen unterstützen, die im Strukturwandel weitere Wege zurücklegen müssen als andere.

Der dritte Grund, weshalb wir das Wort „historisch" verwenden können, ist die Methode, wie das Geld zurückgezahlt wird. Europa soll neue eigene Einkommensquellen erhalten. Damit sollen stark steigende Beiträge für die Mitgliedsstaaten vermieden werden. Geplant sind eine Abgabe für große Technologieunternehmen, eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffe und ein CO_2-Preis auf Produkte aus Ländern mit laxeren Klimaschutzvorgaben.

Stellen Sie sich vor, wie es unseren Autoherstellern erginge, wenn sie plötzlich von ihren Lieferanten aus Norditalien, Spanien, der Tschechischen Republik oder Slowenien keine Ersatzteile mehr bekämen.

Kraftvolles Signal für die Stärke Europas

Deshalb müssen wir jetzt handeln… Europa hat gezeigt, dass es der Krise die Stirn bietet. Natürlich reiten jetzt einige darauf herum, wie lange der Gipfel gedauert habe und dass Zögern Schwäche bedeutet. Ich sehe das Ergebnis als kraftvolles Signal für die einzigartige Stärke Europas.

Schauen wir uns doch mal um. Nirgendwo sonst auf der Welt würden 27 Länder auch nur darüber reden, mitten in einer Krise gemeinsam in Aufbau und Zukunft zu investieren. In diesem Moment globaler Unsicherheit ist Europa der beste Ort, an dem man sein kann. Und wir müssen jetzt dafür sorgen, dass das für alle so bleibt.

Unsere Union sollte sich immer daran messen lassen, was sie den Menschen für die Zukunft zu bieten hat. Nur mit dieser Vision sind all die mutigen Schritte unserer Geschichte gelungen. Genau diese Vision macht es heute möglich, für unsere Union einen weiteren historischen Schritt zu gehen."

Kostbare Rohstoffe in den Müll?

Elektroschrott: Deutschland verfehlt die EU-Sammelquote / Verbrauchernahes Netz und mehr Werbung soll das ändern

Offenbar ist im Umweltbundesamt gründlich und lange gerechnet worden. Denn am 17. Juli 2020 erschien die „Original-Nachricht“, dass Deutschland beim Elektroschrott die EU-Sammelquote von 45 Prozent knapp verfehlte. Dabei wird die Rechnung aufgemacht, dass im Jahr 2018 immerhin „853.000 Tonnen Elektrogeräte gesammelt worden sind.“ Das entspreche einer Sammelquote von 43,1 Prozent. Um die „ab 2019 für Deutschland geltende Sammelquote von mindestens 65 Prozent zu erreichen“, brauche es ein ganzes Bündel von Maßnahmen.

Wenn die Vorgabe künftig eingehalten werden soll, müsste die Sammelmenge gegenüber 2018 beträchtlich steigen. Darauf macht UBA-Präsident Dirk Messner aufmerksam: „Die Rückgabe von Elektrogeräten sollte für Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich einfacher werden. Sinnvoll ist ein verbrauchernahes Netz mit deutlich mehr Sammel- und Rücknahmestellen als heute. Dazu müsste die Rücknahmepflicht auf zusätzliche Geschäfte im Einzelhandel ausgeweitet werden. Außerdem sollten die Händlerinnen und Händler die Rückgabemöglichkeit deutlich besser bewerben. Würden Altgeräte falsch entsorgt – etwa in der grauen oder der gelben Tonne – gingen wertvolle Rohstoffe verloren. Überdies könnten Schwermetalle in die Umwelt gelangen und sie verseuchen.

Um dem vorzubeugen, will das Bundesumweltministerium „in Kürze“ eine Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes auf den Weg bringen. Unter anderem sollen darin auch Maßnahmen zur Steigerung der Sammelmenge zu finden sein.

2018 sind in Deutschland 2.375.643 Elektrogeräte zu Ihren Nutzern gelangt, heißt es in der Verlautbarung. Verglichen mit dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um rund 15 Prozent. Sammlung und Rücknahme von Elektrogeräten stiegen gegenüber 2017 allerdings nur um 16.217 Tonnen. Sehr hohe Sammelquoten (über 75 Prozent) weisen erneut Haushaltsgeräte, wie Haartrockner und Toaster sowie Geräte der Unterhaltungselektronik, aus.

Kontinuierlich zugenommen hat in den zurückliegenden Jahren auch die Sammelmenge je Einwohner. Waren es 2015 noch 7,6 Kilogramm, so konnten 2018 schon 9,3 Kilogramm pro Person und Jahr eingeholt werden.

Was landet in der Restmülltonne und was gehört da eigentlich hinein? 35 Jahre ist es her, dass schon einmal eine bundesweite Datenerhebung mit dieser Frage stattfand. Seitdem ist einiges passiert. Diesen Ton schlägt eine Studie an. Sie ist im Auftrag des Umweltbundesamtes entstanden und jüngst auf einer Pressekonferenz vorgestellt worden: 1985 wurden tatsächlich 239 Kilogramm Müll ermittelt, die pro Jahr und Einwohner in die graue Tonne wanderten. Heute seien es nur noch etwa 128 Kilogramm. Die Restmüllmenge habe sich sozusagen halbiert. „Wir sind besser geworden“, kommentiert Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, bei der Vorstellung der Studie, allerdings „nur ein Teilerfolg“.

Hauptgrund für die Rückführung der Restmüllmenge sind wohl die ständig weiter entwickelten Mülltrennungssysteme, dank derer die Menge an Altpapier, Altglas, Metallen und Kunststoffen in der Restmülltonne – verglichen mit 1985 – um bis zu 80 Prozent gesunken ist. In der Gesamtmenge ist der Müll leider nicht weniger geworden. Zurzeit wird die Hälfte der in Deutschland gesammelten Kunststoffe recycelt. Nur weil man eine Plastikflasche in die gelbe Tonne wirft, bedeutet das also nicht, dass ihr damit neues Leben vergönnt ist. Sie landet – wenn es schlecht läuft – stattdessen im Meereswasser und wird zur Todesfalle für die Schildkröte oder den Meeresvogel.

Am Ende ist es die Verantwortung jedes Einzelnen, dass die Müllspur, die er oder sie auf unserem Planeten hinterlässt, so schmal wie möglich ausfällt. Natürlich sollte Mülltrennung und Müllvermeidung so simpel wie möglich ablaufen, sollten Wertstoff- und Biotonnen in jedem Haus stehen. Denn den meisten Menschen liegt der Umweltschutz am Herzen. Ihr Verhalten ändern sie nur dann, wenn es möglichst nicht mit Anstrengung verbunden ist. Den Bio- oder Plastikmüll in der Wohnung zu sammeln und alle paar Tage zum Werkstoffhof zu fahren, wäre für die meisten zu mühsam, obendrauf umweltschädlich. Es sei denn man nimmt das Fahrrad. Aber das wäre wohl obendrein zu mühselig.

Mancherorts jede dritte Wohnung leer

Der Leerstand in einigen Regionen fernab von Berlin bereitet den Wohnungsunternehmen Sorge. Während im Berliner Umland der Leerstand 2019 bei 2,3 Prozent lag, betrug er im weiteren Metropolenraum 10,4 Prozent und war damit fast fünfmal so hoch. Das geht aus dem Jahresbericht des Verbandes Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU) hervor, der in Potsdam vorgestellt wurde. Dessen Chefin Maren Kern erklärte bei dieser Gelegenheit: „Die Brandenburger Wohnungspolitik muss Antworten auf diese sehr unterschiedlichen Entwicklungen und Herausforderungen geben, damit keine Region zurückbleibt.“ In vielen Städten fern von Berlin stehe mehr als jede fünfte, mancherorts sogar mehr als jede dritte Wohnung dauerhaft leer. Hier müsse gemeinsam mit dem Land und anderen Akteuren dringend gegengesteuert werden, erklärte Frau Kern.

2019 stieg der Leerstand im nordwestlich von Berlin gelegenen Landkreis Prignitz verglichen mit 2018 um 0,8 Prozentpunkte auf 18,8 Prozent. In Wittenberg herrschte eine Leerstandsquote von 21,9 Prozent. Auch in den Kreisen Elbe-Elster (12,6 Prozent), Oberspreewald-Lausitz (13,4 Prozent) und Ostprignitz-Ruppin gab es mehr leere Wohnungen als im Vorjahr. Zum Vergleich: In Berlin betrug der Leerstand nach BBU-Angaben 1,6 Prozent.

Besonders günstig wohnt es sich laut BBU in abgelegenen Regionen des Landes. Im Verhältnis zum Mittelwert des Berliner Mietspiegels von 6,72 Euro pro Quadratmeter zahlten Mieter hier rund 27 Prozent weniger.

Laut Bericht investierten BBU-Mitgliedsunternehmen 2019 mit 594 Millionen Euro mehr als jeweils in den rund zehn Jah-

Fortsetzung auf Seite 15…

Vattenfall kann es nicht lassen

Strom nun noch teurer / Abkehr von Umlagen senkt die Preise?

Rückblick auf jüngere Vergangenheit beim Thema Strompreise ist alles andere als erfreulich. Jahr für Jahr mussten wir unsere Leser immer wieder neu darüber informieren, wieviel der Haushaltsstrom aktuell kostet – in anderen Ländern und in der Bundesrepublik. Unsere Überschriften lauteten u.a. „Strompreise steigen und steigen“ oder „Deutsche zahlen deutlich mehr als andere Europäer“. Mit den jüngeren Jahren entwickelten sich die Preise so, dass Strom im Osten Deutschlands mehr kostete als im Westen.

Dietmar Woidke, der Ministerpräsident Brandenburgs, gehört zu den Kritikern, die sich unermüdlich um Klärung der Preisverhältnisse bemühen. Zum Beispiel das Gesetz über die Erneuerbaren Energien (EEG). Darin sah und sieht er wie die meisten der Kritiker „schwere Konstruktionsfehler“. Im Interview der Berliner Zeitung sagte er dazu, auf der Bundesebene hätten wir die Diskussion darüber schon seit langem. Niemand unter den Verantwortlichen äußere ernsthaft Gedanken darüber, wie die Zuverlässigkeit erneuerbarer Energien erhöht werden könne. Zum Beispiel erhalte ein Windkraftanlagenbetreiber Geld, wenn er seine Anlage an das Netz anschließe. Werde der Strom zeitweise nicht benötigt, fließe trotzdem Geld. Das wäre wohl zu korrigieren. Regeln der Preise – seit Jahren ein oft anklingender Sachverhalt.

Nun müssen seit August hunderttausende Berliner wieder einmal für ihren Strombezug mehr Geld bezahlen. Der Grundversorger Vattenfall erhöht die Tarife und begründet dies mit höheren Steuern und Abgaben sowie gestiegenen Netz- und Beschaffungskosten. Für einen Haushalt im Grundversorgungstarif mit einem Jahresstromverbrauch von 2.200 Kilowattstunden erhöht sich der Rechnungsbetrag um 3,87 Euro im Monat, teilte Vattenfall mit. Das entspreche einer Steigerung um knapp sechs Prozent.

In Berlin versorgt Vattenfall rund 1,6 Millionen Kunden. Konkret steigt für sie der Verbrauchspreis von 31,14 Cent je Kilowattstunde auf 33,25 Cent je Kilowattstunde. Der Grundpreis bleibt stabil bei 8,20 Euro pro Monat. Das bedeutet, dass die Preiserhöhung umso stärker zu Buche schlägt, je mehr ein Haushalt verbraucht. Für die Tarife Easy 12 und Easy 24 bezifferte Vattenfall die Preissteigerung auf rund 5,4 Prozent.

Die Kunden zahlen vorerst den bisherigen Mehrwertsteuersatz. Die angekündigte Senkung von 19 auf 16 Prozent werde erst bei der Jahresrechnung berücksichtigt, versichert Vattenfall. Die Bundesregierung hat die Steuer von Juli an für ein halbes Jahr reduziert, um trotz der Corona-Krise die Wirtschaft anzukurbeln.

Die Strompreise waren zuletzt schon bundesweit gestiegen. In 75 Prozent der Netzgebiete haben die Kunden in diesem Jahr schon eine Erhöhung bekommen, wie der Datenbankanalyst Enet errechnet hat. Er geht von einem Musterhaushalt mit einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden aus und sieht im Durchschnitt ebenfalls ein Plus von knapp 6 Prozent.

Vattenfall hebt hervor, dass der Strompreis zu mehr als drei Viertel auf Abgaben, Umlagen und Gebühren beruht. Der Tarif der Grundversorgung ist in der Regel besonders teuer. Nach Zahlen der Bundesnetzagentur hatte zuletzt noch mehr als ein Viertel der Haushalte einen solchen Standardtarif. Wer den Tarif oder den Anbieter wechselt, kann in der Regel Geld sparen.

„Alternativanbieter geben die Preissenkungen an der Strombörse eher an den Endkunden weiter,“ sagt Lasse Schmidt, Geschäftsführer Energie bei der Vergleichsplattform Check 24.

Trotz der geschilderten Schwierigkeiten auf dem Markt sei die Energiebranche bisher „vergleichsweise stabil“ durch die Corona-Krise gekommen, schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Die Großhandelspreise stünden unter Druck, aber für die Stromverbraucher wird es trotzdem teurer, weil die Umlage für die erneuerbaren Energien in die Höhe schießt“. Auf eine Frage im Interview antwortet kein geringerer als Rolf Schmitz, der Chef von RWE: „Strom ist die Energie der Zukunft. Mehr als die Hälfte unserer Stromkosten sind Steuern und Umlagen. Die Stromsteuer könnte man auf das EU-Minimum senken oder bei den Umlagen ansetzen, Wenn jetzt eine EEG-Umlage von über 8 Cent vorausgesagt wird, dann ist das mehr als doppelt so viel, wie wir für unseren Strom im Großhandel bekommen. Viel zu viel für eine Gesellschaft, die auf Elektrifizierung setzt.“ Deshalb werde eine Entlastung bei den Preisen gebraucht. Seine Überlegungen erhärtet der RWE-Chef auch noch auf diese Weise:“ Eine klimaverträgliche Energieform zu unterstützen und zugleich Innovationen und die Modernisierung der Wirtschaft voranzubringen, halte ich für absolut legitim und richtig. Man muss auch sehen, dass mit der EEG-Umlage im Wesentlichen alte Anlagen finanziert werden. Mit neuen Windkraft- und Solaranlagen lässt sich Strom sehr günstig erzeugen, teils günstiger als mit fossilen Energien. Und die Überlegung, den Strom stärker von Umlagen zu entlasten, war schon lange vor Corona auf der Tagesordnung. Wir sollten die Dinge jetzt nicht zurückdrehen, sondern den Umbau der Energiewirtschaft und die Elektrifizierung vorantreiben.“

Organspender trotzen Corona

Seit April 2019 muss jede Klinik in Deutschland potentielle Organspender melden und auch einen Transplantationsbeauftragten freistellen. Diese Ärztinnen und Ärzte sollen sich um potentielle Organspender kümmern und eventuelle Transplantationen koordinieren. Die gute Nachricht: Trotz Corona-Epidemie ist die Zahl der Organspenden nicht signifikant zurückgegangen. So wurden von Januar bis Juli dieses Jahres bei 566 Personen insgesamt 1813 Organe entnommen. 2019 waren es im gleichen Zeitraum 535 Spender, denen 1756 Organe entnommen wurden. Allerdings gehört mit diesen Daten Deutschland zu den Schlusslichtern in Europa. In der Bundesrepublik warten derzeit knapp 10.000 Menschen auf ein Spenderorgan.

Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor. Danach hat fast ein Drittel der 1169 Entnahmekrankenhäuser in Deutschland, von denen Informationen vorliegen, noch keine Verfahrensanweisung zu personellen Zuständigkeiten und Handlungsabläufen für die Organspende formuliert. Das ist aber seit April 2019 vorgeschrieben.

ERLESENES

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) warnt mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 vor einem Linksruck seiner Partei. „Die SPD muss Wahlen auch in der Mitte gewinnen“, sagte er. „Es reiche nicht nach links zu schielen.“ Er kritisierte, die SPD auf Bundesebene habe in den jüngsten Wahlkämpfen den Fehler gemacht, keine Geschlossenheit zu zeigen und fügte hinzu: “Über Koalitionen unterhalten wir uns nach der Wahl“.

*

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 778.100 Babys geboren worden, 9.400 Mädchen und Jungen weniger als im Vorjahr. So das Statistische Bundesamt. Setzt man die Zahl der Geburten ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, kamen demnach rechnerisch 9,4 Neugeborene auf je 1.000 Einwohner. Im Jahr zuvor hatte dieses Verhältnis mit 9,5 Kindern je 1.000 Einwohnern etwas höher gelegen. Den Geburten standen 939.500 Sterbefälle gegenüber. Dass es in Deutschland mehr Sterbefälle als Geburten gibt, ist ein demografischer Trend, der seit 1972 anhält.

*

Anlässlich des ersten bundesweiten Digitaltages am 19. Juni 2020 hat die Initiative „Digital für alle“ aktuell eine Umfrage in Deutschland durchgeführt. Demnach erklären zwar 74 Prozent der Befragten, technische Geräte wie Smartphone oder Computer bedienen und nutzen zu können, solange keine Fehler auftreten. Jeder Vierte beherrscht das nicht. 61 Prozent der Bundesbürger finden online in der Regel die Information, die sie suchen. 37 Prozent der Suchenden gelingt das nicht. 60 Prozent können Programme und Apps installieren, der übrige Teil (37 Prozent) scheitert daran.

*

Fahrgäste in Brandenburg profitieren von einem Sofortprogramm des Bundes für attraktive Bahnhöfe. An den Hauptbahnhöfen in Cottbus und in Potsdam, am Flughafen BER und an den Bahnhöfen Teltow, Wittenberge, Potsdam-Griebnitzsee, Angermünde und Doberlug-Kirchhain sollen bald Renovierungsarbeiten starten, teilte das Bundesverkehrsministerium mit, das dieses Jahr insgesamt 40 Millionen Euro für Arbeiten an 167 Bahnhöfen zur Verfügung stellt.

*

„Wir leiten den Anfang vom Ende der Dieselbusse ein“. So die Verkehrssenatorin Regine Günther im Betriebshof Müllerstraße der Berliner Verkehrsbetriebe. Dabei stand sie vor den ersten 30 Elektrobussen, die das Landesunternehmen bekommt. Bis 2021 soll bei der BVG die Zahl der mit Strom betriebenen Busse auf 225 steigen.

Die Fahrzeuge werden per Stecker aufgeladen. Danach können sie 150 Kilometer bewältigen.

*

„NochMall“ heißt das neue Kaufhaus für Gebrauchtwaren, das die Berliner Stadtreinigung (BSR) in Reinickendorf eröffnet hat. Dort werden Waren aller Art angeboten, die Berliner in den Recyclinghöfen in Reinickendorf und Zehlendorf abgegeben haben. Bürger können gut Erhaltenes wie Möbel, Kleidung, Geschirr, Haushaltsgeräte, Spielzeug oder Bücher auch selbst in das Haus in der Auguste-Viktoria-Allee bringen. Aktuell seien 15.000 Artikel vorrätig, so die BSR.

*

Bei stärkerem Ausbau der Stromerzeugung aus Fotovoltaik könnten 2040 rund 50.000 neue Jobs entstehen. Das geht aus einer Studie der Marktforschungsfirma EuPD Research Sustainable Management hervor. In den vergangenen Jahren seien in diesem Bereich Tausende Jobs abgebaut worden. Dies liege vor allem an zunehmender Konkurrenz aus Asien bei der Fertigung von Solarprodukten. Die Große Koalition hatte angekündigt, Solarstrom stärker auszubauen.

*

Die Preise für Trinkwasser in Berlin sollen auch in den kommenden Jahren nicht steigen. Mit speziellem Vertrag haben sich die Berliner Wasserbetriebe und der Senat auf Fortbestand der aktuellen Tarife bis einschließlich 2023 geeinigt. Demnach beträgt der Mengenpreis pro Kubikmeter Trinkwasser 1,81 Euro. Bis 2030 sollen sechs Milliarden Euro in Trink- und Abwasser investiert werden.

*

Im Vergleich mit anderen Städten gibt es in Berlin weniger Autos je Einwohnerzahl: Im Schnitt gültiger Statistik kommen in der Hauptstadt auf 1.000 Einwohner 390 Autos. Dagegen zählt München auf besagte 1.000 Einwohner gerechnet 570, Köln 515, Frankfurt 512. Insgesamt gelten in Berlin 1,4 Millionen Autos als gemeldet.

*

Kinderarmut bleibt einer Analyse zufolge mit dramatisch hohen Zahlen eine „unbearbeitete Großbaustelle“ und könnte sich durch Corona weiter verschärfen. Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche wachsen in Armut auf – 21 Prozent aller unter 18Jährigen, wie die Bertelsmann-Stiftung berichtet. Seit Jahren sei der Kampf gegen Kinderarmut eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Dennoch gebe es seit 2014 im bundesweiten Durchschnitt wenig Verbesserungen. Die Bundesregierung weist den Vorwurf zurück, nicht genug gegen Kinderarmut zu tun.

*

Als schönste Neuschöpfung im Plattdeutsch-Wettbewerb 2020 ist „Snutdauk“ (etwa: „Schnutentuch“) gekürt worden. Das Wort stammt aus der Wortfamilie des „Snuten Pulli“ und bedeutet Mundschutz oder Mund-Nasenbedeckung. Ein Baden-Württemberger hatte den Begriff eingereicht. Wie das Fritz-Reuter-Literaturmuseum Stavenhagen mitteilte, sei mit 200 Vorschlägen die Resonanz so hoch wie lange nicht gewesen, sagte Museumschef Marco Zabel.

*

Pläne für die Digitalisierung der Schulen reichen nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nicht im Ansatz für eine digitale Mindestausstattung. Die zurzeit in Aussicht gestellten Mittel decken gerade einmal ein gutes Viertel des kalkulierten Gesamtbedarfs, sagt Vorstandsmitglied Ansgar Klinger. Nach Berechnungen seiner GEW benötigen die Schulen 21 Milliarden Euro zum Aufbau moderner technischer Infrastruktur. Über den „Digitalpakt Schule“ stehen für die nächsten fünf Jahre rund 5,5 Milliarden zur Verfügung.

*

Einige Monate nach dem Tod von Sigmund Jähn, dem ersten Deutschen im All, plant sein sächsischer Heimatort Morgenröte den Ausbau zum Raumfahrerdorf. Vom nächsten Sommer an könne eine zusätzliche Halle die bisherige Deutsche Raumfahrtausstellung ergänzen und für Raumfahrtkongresse bereitstehen, sagte Bürgermeister Jürgen Mann der Deutschen Presseagentur. 3,2 Millionen Euro Bundesmittel sind für dieses Projekt zugesagt worden.

*

Die Zahl „kleiner Waffenscheine“ ist auch im vergangenen Jahr in Deutschland erneut angestiegen. 664.706 solcher Scheine waren im Nationalen Waffenregister eingetragen, teilte das Bundesinnenministerium auf Anfrage mit. Diese Zahl hat sich binnen fünf Jahren mehr als verdoppelt. Ein kleiner Waffenschein – erhältlich mit 18 Jahren – berechtigt zum Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen.

Redaktion der Seiten 4-9: Josef Feistl

Erinnerungen an das verschollene Denkmalensemble der Naturforscher von der Potsdamer-Victoria-Doppelbrücke in Berlin (1898-1938)

Im ausgehenden 19. Jahrhundert erfuhren die deutschen Naturforscher und Wegbereiter der Technik und Industrie in Berlin öffentliche Ehrungen. In dem Zeitraum von 1883 bis 1899 waren ihnen drei Denkmalensembles an verschiedenen Orten errichtet worden:

1. in der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin (seit 01.01.1949 Humboldt-Universität Berlin) die Denkmäler von Alexander und Wilhelm von Humboldt (1883) sowie Hermann von Helmholtz (1897),
2. in der Königlichen Technischen Hochschule zu Berlin (seit 01.04.1946 Technische Universität Berlin) die Denkmäler von Alfred Krupp und Werner von Siemens (1899),
3. auf der Potsdamer-Victoria-Doppelbrücke die Denkmäler von Carl Friedrich Gauß, Werner von Siemens, Hermann von Helmholtz und Wilhelm Conrad Röntgen (1898).

Insgesamt sind es neun Denkmäler, die in dem 1905 erschienenen kunstgeschichtlichen Führer „Die Denkmäler Berlins in Wort und Bild“ von Hermann Müller-Bohn dargestellt sind. Von den drei Denkmalensembles existiert nur noch das erste in der Humboldt-Universität Berlin. Das Denkmalensemble in der Technischen Hochschule zu Berlin überstand nahezu unversehrt den Zweiten Weltkrieg; es wurde jedoch zwischen 1955 und 2007 schrittweise demontiert. Dabei wurde das Alfred Krupp Denkmal 2007 bei ungeklärter Rechtslage nach Essen verbracht und schließlich 2015 nach Bendorf transloziert. Das dritte Denkmalensemble ist im Zweiten Weltkrieg verschollen. Im Zuge der von Albert Speer geplanten Nord-Süd-Achse sollte die Doppelbrücke einem großen, runden Platz weichen. Insgesamt sind es also fünf Denkmäler, die dem Land Berlin verloren gingen und zwar vier während des Krieges und eines in friedlicher Zeit.

In dem vorliegenden Beitrag soll eine Vorstellung von der einzigartigen Potsdamer Victoria-Doppelbrücke und den sie schmückenden Denkmälern zu Ehren der großen deutschen Naturforscher vermittelt werden. Die nebenstehende Bildseite zeigt Fotos der vier Denkmäler von Ansichtskarten um 1920 und ein Foto der Potsdamer Victoria-Doppelbrücke (1897) aus dem Deutschen Historischen Museum. Eingezeichnet in der historischen Lageskizze der Doppelbrücke (1909) sind die Standorte der vier Denkmäler (1 bis 4), a außerdem zur gegenwärtigen Orientierung die Lage der 1968 errichteten Neuen Nationalgalerie (NG) und des 2000 aufgestellten Denkmals des „Eisernen Gustav“ (5).

Nachdem Berlin Reichshauptstadt geworden war, nahm der Verkehr zu Lande und zu Wasser erheblich zu. Die vielen Brücken über Wasserläufe und Kanäle der Stadt kamen demzufolge an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die Berliner Bauverwaltung war bestrebt, die hölzernen Brücken durch eiserne Bauten oder massive Steinbrücken zu ersetzen. Auf einer dieser Brücken überquerte die Potsdamer Straße den 1850 errichteten Landwehrkanal; es war die Potsdamer Brücke, die als alte Holzbrücke durch eine neue Brücke ersetzt werden sollte. Der neuen Potsdamer Brücke wurde eine zweite Brücke hinzugefügt, die als Victoriabrücke in das von Gelehrten, Künstlern und höheren Beamten bevorzugte „Geheimratsviertel“ führte.

Die Doppelbrücke war eine eiserne Bogenbrücke mit filigranem Gitterwerk, an deren äußeren Ecken die vier Denkmäler aufgestellt waren. Die Denkmäler standen mit ihren Sockeln auf eigenen im Landwehrkanal gründenden Substruktionen. Auf der Doppelbrücke standen außerdem vier hohe Bogenlampen, die von Lichtbögen erzeugtes Licht auf die Doppelbrücke spendeten. Auf dem schon erwähnten Foto der Doppelbrücke fällt die Substruktion des Röntgen-Denkmals mit der Treppe zur Anlegestelle für Kräne und Schiffe in den Blick. Die heute noch vorhandene Substruktion ist die Anlegestelle „Potsdamer Brücke“, Zustieg für Schiffsfahrten auf dem Landwehrkanal. Die Denkmäler sind künstlerisch als Sitzbilder aufeinander abgestimmt gewesen. Auf jedem Denkmal war ein Putto als Assistenzfigur postiert und Attribute der Schöpfungen der dargestellten Personen zugefügt. Eine Beschreibung der Denkmäler befindet sich in dem oben erwähnten kunstgeschichtlichen Führer. Auf der Victoriabrücke standen die Denkmäler von Werner von Siemens (1) und Carl Friedrich Gauß (2); auf der Potsdamer Brücke von Hermann von Helmholtz (3) und Wilhelm Conrad Röntgen (4).

In seinem Brief vom 25. Juli 1897 in den „Briefe aus der Reichshauptstadt 1855-1900“ teilt Alfred Kerr in voller Wehmut über die „alte Potsdamer Brücke“, die einer neuen Platz macht, mit: *„Jetzt wird aus diesem bescheidenen altmodischen Idyllenbrückchen ein neuester, breiter Prachtbau mit komfortabelster schreiender Beleuchtung; und wie zum Hohn auf die schattige, verliebte Dämmerung von einstmals wird durch Figurengruppen die Erscheinung und Wirkung der Elektrizität zur Darstellung gebracht.“*

Der Brückenbau erreichte mit der Doppelbrücke an dieser Stelle einen Höhepunkt in seiner Entwicklung, die sich von der malerischen Schafbrücke über den Schafgraben bis zu der 1966 neu erbauten Potsdamer Brücke über den Landwehrkanal erstreckte. Der Schafgraben war ursprünglich im Rahmen der Landwehr durch die Anlage von Wällen und Gräben entstanden und ging schließlich in den 1845-1850 angelegten Landwehrkanal auf. Bei ihrem Neubau wurde die Potsdamer Brücke 1966 nicht dort errichtet, wo sie einst verlief, sondern dort, wo sich die Victoriabrücke befand.

An das Denkmalensemble erinnern vor Ort noch die schon erwähnten erhaltenen Substruktionen und die verwilderten Standorte der Denkmäler. Ein Zeugnis der Denkmäler ist überliefert mit einer Bronzebüste Röntgens, die 1962 als ein Fragment des Röntgen-Denkmals von der Doppelbrücke identifiziert wurde.

Prof. Dr.-Ing. Johannes Nestler

1



3



2

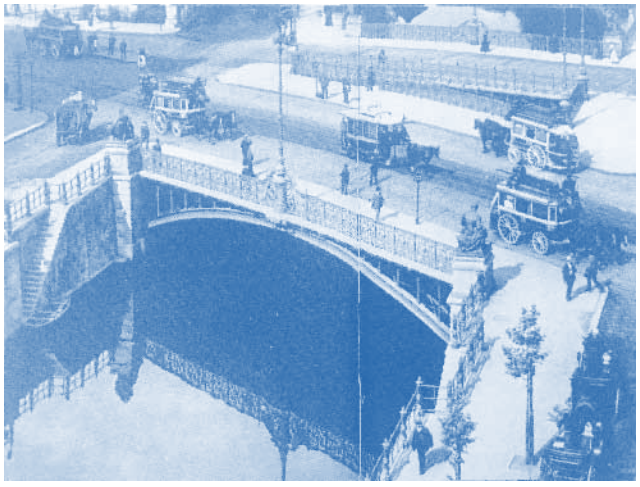


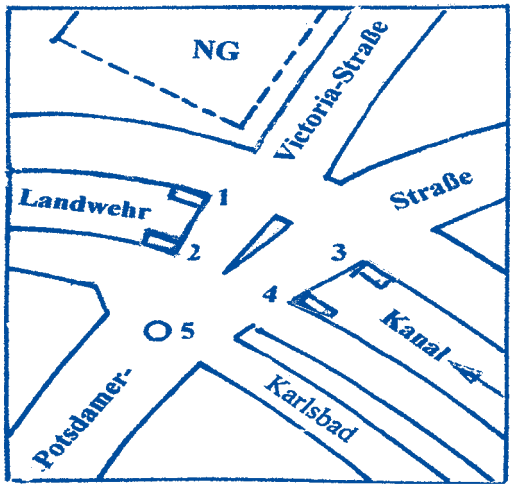
4



Die Denkmäler von der Potsdamer-Victoria-Doppelbrücke: 1898 - 1938

1 Werner von Siemens
2 Carl Friedrich Gauß
3 Hermann von Helmholtz
4 Conrad Wilhelm Röntgen





Zum Gedenken an Dr.-Ing. Gerhard Henkel 11.01.1939 – 14.06.2019

Geboren und aufgewachsen in Berlin studierte Gerhard Henkel von 1957-1963 an der TU Dresden, Fakultät Elektrotechnik und diplomierte am Institut für Elektrische Energieanlagen Seine hervorragenden Noten gaben ihm die Möglichkeit der anschließenden wissenschaftlichen Forschung an der TU Dresden. Doch der spannende Bezug zur Praxis – Möglichkeiten und Lösungen in der praktischen Anwendung - veranlassten ihn, sich für den Berufseinstieg als Ingenieur für Netzschutz beim VEB Verbundnetz in Berlin zu entscheiden. Dabei bestand die Option, in ein bis zwei Jahren an die TU Dresden zurückzukehren.

Zahlreiche Inbetriebnahmen von Hochspannungsleitungen und Schaltstationen sowie die Teilnahme an Kurzschlussversuchen bestimmten seinen betrieblichen Alltag. In einer außerplanmäßigen Aspirantur verteidigte er am 20.05.1976 erfolgreich seine Dissertation mit dem Thema „Untersuchungen zur optimalen Parameterauswahl für Distanzrelais in Elektroenergieversorgungsnetzen mit wirksamer Sternpunkterdung“.

Es folgten viele Umstrukturierungen in der Energiewirtschaft, doch sein Arbeitsgebiet, mit Hilfe geeigneter schutztechnischer Lösungen eine sichere Elektroenergieversorgung zu gewährleisten, blieb ihm erhalten. Eine Vielzahl von Veröffentlichungen dokumentiert seine wissenschaftliche Kreativität.

Dr. Henkel war als Experte stets eingebunden, wenn es um die Lösung strategischer schutztechnischer Probleme des 380-/220-kV-Netzes der DDR bzw. der späteren neuen Bundesländer ging. So z.B. bei der jährlich anberaumten überbetrieblichen Expertenberatung zur Winterfestmachung des Höchstspannungs-Übertragungsnetzes der DDR oder als Mitglied der unter Leitung des Ministeriums für Kohle und Energie arbeitenden Spezialistengruppe anlässlich der Großstörung im Kraftwerk Boxberg im Januar 1987, wozu er sogar seinen Winterurlaub in der Hohen Tatra unterbrechen musste.

Nach der Wende verantwortete er als Abteilungsleiter der VEAG die Modernisierung des gesamten Netzschutzes im ostdeutschen Verbundnetz.

Neben vielen anderen Aufgaben waren damit drei Komplexe verbunden:

- Mitwirkung bei der Auswahl und Beschaffung von Stationsleitechnik verschiedener Firmen
- Leitung des Vorhabens, in den Netzbetrieben Betriebsleitstellen zur Fernsteuerung der Umspannwerke zu installieren
- Mitarbeit bei Errichtung und Inbetriebnahme der Gleichstromkopplung nach Dänemark

Zum 31.12.1999 ging Dr. Henkel dann in den Vorruhestand und ein Jahr darauf in Altersrente. Sein fachliches Interesse an aktuellen Weiterentwicklungen und Problemen im Bereich



Dr.-Ing. Gerhard Henkel

der Schutztechnik war aber damit nicht beendet. Unter seiner Regie traf sich der „Seniorenkreis“ der Mitglieder „alter“ KdT-Ausschüsse jährlich zu interessanten Begegnungen und Informationsveranstaltungen. In Abendgesprächen erzählte er oft von seinen geplanten Reisen, z. B. von seinen Erlebnissen auf der Reise mit der Transsibirischen Eisenbahn. Bei unserem diesjährigen Treffen schwärmte er von seiner geplanten akribisch vorbereiteten Umrundung der Ostsee.

Dieser Traum wurde durch einen Verkehrsunfall auf dem Weg von St. Petersburg Richtung Murmansk jäh beendet.

Nicht nur als ausgewiesener Fachmann der Selektivschutztechnik sondern auch als aufrichtiger und stets freundlicher Kollege mit einem hohen Maß an Verantwortungsgefühl und Einsicht in die Notwendigkeit wird uns Dr. Gerhard Henkel als langjähriges aktives Mitglied der Ingenieurorganisationen KdT und VDE unvergesslich und in steter lebendiger Erinnerung bleiben.

Die Mitglieder des „FUA-Seniorenkreises Schutztechnik“

Stadtspaziergänge

Potsdam – Rundgang durch die Altstadt

Am 5. August 2020 trafen sich zwölf ETV- und IfKom-Mitglieder am Potsdamer Hauptbahnhof, Ausgang Babelsberger Straße.

Unser Gästeführer, Herr Klaus Wild, wohnt seit vielen Jahren in Potsdam. Er erzählte uns, dass er, nachdem er viele Jahre als Elektroingenieur gearbeitet hatte, im „Unruhestand“ seit einigen Jahren als DIN-EN-geprüfter Gästeführer in Potsdam tätig ist. – Leider wird er in zwei Monaten seinen Wohnsitz verlegen.

Zuerst hörten wir etwas über die Geschichte von Potsdam. Die Stadt ist älter als 1000 Jahre. Die erste urkundliche Erwähnung stammt aus dem Jahr 993. Die Landeshauptstadt Potsdam ist eine kreisfreie Stadt und hat etwa 180.000 Einwohner. Die Universität wird von etwa 27.000 Studenten besucht.

Wir gingen nun die Babelsberger Straße entlang zum anderen Ausgang des Hauptbahnhofs. Hier erklärte uns Herr Wild die Umgebung. – An der Stelle, an der wir standen, entstand 1838 ein Bahnhof für die Verbindung nach Berlin. Als einziger Hinweis darauf ist ein alter Wasserturm des Reichsbahn-Ausbesserungswerks, das sich dort befand, übriggeblieben. Daneben liegt die Kolonie „Daheim“, die damals von den Eisenbahnern angelegt worden war.

Auf der gegenüberliegenden Seite am Brauhausberg links oben ist ein brauner Turm zu sehen, er gehört zu dem roten Klinkerbau der 1899 bis 1902 vom Architekten Franz Heinrich Schwechten erbauten Reichskriegsschule. In diesem Haus war ab 1992 der erste Sitz des Brandenburger Parlaments. Die roten Dächer, die man daneben sieht, gehören zu einer ehemaligen Brauerei.

Nun gingen wir über die „Lange Brücke“, die die Havel überquert. Wir kamen zuerst über die „Neue Fahrt“ und später über die „Alte Fahrt“. Dazwischen kann man die „Freundschaftsinsel“ betreten. Diese Insel wurde vom Schwemmsand der Nuthe angespült. In den 1940er Jahren hat Karl Foerster hier einen Staudengarten angelegt. – Übrigens: Der Name „Lange Brücke“ soll daherkommen, weil es so lange gedauert hat bis sie fertig gestellt war. – Und es wird noch immer daran gearbeitet!

Das ehemalige vom Architekten Knobelsdorff erbaute Potsdamer Stadtschloß wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und während der DDR-Zeit abgetragen.

Der Straßenverlauf der „Friedrich-Ebert-Straße“ wurde danach verlegt, um einen Neubau des Stadtschlosses zu verhindern.

Der Neubau des Potsdamer Stadtschlosses wurde im Januar 2013 eingeweiht und dient heute dem Landtag Brandenburgs als Sitz.

Wir waren nach der Brücke am „Otto-Braun-Platz“ in die „Humboldtstraße“ nach rechts eingebogen und standen im Schatten des Schlosses gegenüber der „Tourist Info“, wo wir viel über die neu erbauten Häuser erfuhren.

Die Gebäude gegenüber von uns sind vor etwa sechs Jahren im alten Baustil neu erstellt worden. Wir gingen weiter zum „Alten Markt“ und kamen am Museum Barberini vorbei, das vor vier Jahren fertig wurde. Es wurde dem im Krieg zerstörten „Palazzo Barberini“ nachempfunden. Seitdem gibt es laufend neue Ausstellungen.

Wir waren nun auf dem „Alten Markt“. Hier sprach Herr Wild darüber, daß durch Spenden von Günther Jauch und vom SAP-Gründer Hasso Plattner der Neubau des Stadtschlosses mitfinanziert wurde.

Vor uns sahen wir das „Alte Rathaus“, in dem sich jetzt das „Potsdam Museum“ befindet. Daneben steht am Ort der ehemaligen Barockkirche ein Neubau von 1850, die von Friedrich Schinkel gebaute „St. Nikolaikirche“. Sie trägt eine 77 m hohe Kuppel von August Borsig. Seitlich befinden sich vier Barock-Engel und die Glocken. Vor dieser Kirche steht ein Obelisk.

Wir gingen weiter zur Friedrich-Ebert-Straße. Hier erfuhren wir, dass nach dem Abriss der bisherigen Fachhochschule man einen alten Friedhof gefunden hat. Dessen frühere Gräber sollen jetzt erforscht werden, bevor „neue alte Wohnhäuser“ dort erbaut werden sollen.

Wir kreuzten die nach Norden führende „Friedrich-Ebert-Straße“ und gingen dann die „Schloß-Straße“ entlang. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich das Filmmuseum. Hier sahen wir das Denkmal des Generals Friedrich Wilhelm von Steuben (*17.09.1730, Magdeburg, + 28.11.1794, Utica/USA). Er hatte die damalige amerikanische Armee neu organisiert (daher die „Steuben-Parade“ in New York.

Wir gingen in die Straße „Am Neuen Markt“. An einem Gebäude hängt ein Schild mit der Aufschrift: „In diesem Gebäude bildete die Königliche Ingenieurakademie von 1788 bis 1808 die ersten Ingenieure für das Königreich Preußen aus“.

Einige Meter weiter erblickt man ein Schild: „Vermutlich Geburtshaus von Wilhelm von Humboldt *22.06.1767 +08.04.1835“.

Wir gingen zur Yorckstraße, an der die Reste des ehemaligen Stadtkanals liegen. Der Stadtkanal wurde im Jahre 1673 als Entwässerungsgraben zur Havel angelegt. Das Gefälle zur Havel war aber zu gering, so dass es zu starker Geruchsbelästigung kam, weil das Wasser nicht richtig abfließen konnte!

Über die Fußgänger-Brücke kamen wir am „Nikolaisaal“ vorbei, der für seine musikalischen Veranstaltungen bekannt ist. So wie die Hausfassaden in dieser Straße aussehen, sahen früher alle Häuser in Potsdam aus, die Straße wurde ab 1956 wieder so prächtig wie früher aufgebaut. Ebenso die „Charlottenstraße“. Sie ist wegen der vielen originalen Häuser die „Prachtmeile“ Potsdams.

Wir gingen geradeaus weiter die „Jägerstraße“ entlang bis zur „Brandenburger Straße“. Sie wird auf der einen Seite vom „Brandenburger Tor“ und auf der anderen Seite von der „St.-Peter und Paul-Kirche“ am Bassinplatz begrenzt. Das „Brandenburger Tor“ ist eines der drei erhaltenen Stadttore von Potsdam. Es steht am „Luisenplatz“ und wurde 1770/1771 von Carl von Gontard und Georg Christian Unger im Auftrag von Friedrich II. gebaut. Das Brandenburger Tor in Potsdam ist etwa 20 Jahre älter als das bekanntere Bauwerk in Berlin.

In der Gutenbergstraße sah man an der geänderten Bauweise der Häuser den Übergang vom Markt-Verkauf (18. Jahrhundert) zum Laden-Verkauf (19. Jahrhundert), denn die Häuser hatten nun häufig im Erdgeschoß statt der Wohnungsfenster je ein breiteres Schaufenster beiderseits der Haustür.

Fortsetzung auf Seite 14 …

... Fortsetzung von Seite 13

Gegenüber beginnt das Holländische Viertel in der Mittelstraße, wo wir viele Klinker-Bauten sahen.

Im „Jan-Bouman-Haus“ befindet sich das Museum über das Holländische Viertel in Potsdam. Benannt ist das Haus nach dem niederländischen Architekten Jan Bouman, den Friedrich Wilhelm I. nach Preußen holte. Um Handwerker aus dem Land an der Nordsee als „Gastarbeiter“ nach Potsdam zu locken, ließ der König das Karree mit 134 Häusern errichten. Das „Holländische Viertel“ in Potsdam ist die größte holländische Siedlung Europas außerhalb der Niederlande.

An der Ecke zur „Benkertstraße“ war das Ende dieses sehr interessanten Stadtrundgangs durch Potsdam. – Noch einmal vielen Dank!

Erhard Sonnenfeld

Führung: Brandenburger Tor - Reichstagsgebäude

Am 27. Februar 2020 trafen sich 16 ETV- und IfKom-Mitglieder am Brandenburger Tor vor der Tourist-Info. Wir wurden von Frau Annette Uebel von Berlin-Exkursion begrüßt; sie ist Kunsthistorikerin.

Wir gingen zuerst auf den Pariser Platz. Dort bekamen wir viel von der Geschichte des Areals zu hören. Das Gebiet um den Pariser Platz befand sich ursprünglich vor den Toren Berlins. Erst im Rahmen einer Stadterweiterung im Jahre 1734 entstand dieser Platz am Ende der Straße „Unter den Linden“, die damals von sechs Baumreihen geschmückt wurde. Er wurde als Exerzierplatz in viereckiger Form gestaltet und erhielt den Namen „Quarre“. Zur gleichen Zeit entstanden der spätere „Leipziger Platz“ in achteckiger und der „Belle-Alliance-Platz“, der heutige „Mehring Platz“, in runder Form.

Das heutige Brandenburger Tor bildete den westlichen Abschluss der neuen Stadtgrenze und wurde an Stelle seines barocken Vorgängers 1788 bis 1791 im neoklassizistischen Stil aus Sandstein von Carl Gotthard Langhans errichtet. Die sechs dorischen Säulen sind jeweils 15 m hoch und haben am Fuß einen Durchmesser von 1,75 m. Die Quadriga mit den vier Pferden und der Victoria auf dem römischen Triumphwagen wurde von Gottfried Schadow entworfen und schmückt seit 1795 den Giebel des Tores.

Im Jahre 1806 wurde die Quadriga von Napoleon Bonaparte als Kriegsbeute nach Paris entführt. Acht Jahre später brachte Feldmarschall Blücher sie wieder nach Berlin zurück. Der Platz bekam danach den Namen „Pariser Platz“. Im Zweiten Weltkrieg wurden die Gebäude am Pariser Platz zerstört und nach Kriegsende war hier Grenzgebiet im geteilten Berlin. Die Berliner Mauer ging auf der Tiergarten-Seite direkt am Brandenburger Tor vorbei.

Nach dem Fall der Mauer wurden die Gebäude nach den alten Grundrissen und Bauhöhen wiederaufgebaut: auf der Süd- Seite das Hotel Adlon, der Neubau der Akademie der Künste, die DZ-Bank und die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika; auf der nördlichen Seite die Botschaft der Republik Frankreich, die Dresdner Bank und das wieder hergestellte Haus Liebermann.

Auf dem Weg zum Reichstagsgebäude kamen wir an einer Stelle vorbei, an der in das Straßenpflaster ein Hinweis auf den früheren Verlauf der Berliner Mauer eingelassen wurde.

Der Reichstag selbst lag zur Zeit der Berliner Mauer auf dem Gebiet von West-Berlin. Regierungssitz der neuen Bundesrepublik Deutschland aber war Bonn. Aus Protest gegen eine Sitzung des Deutschen Bundestages am 07. April 1965 in West-Berlin ließen die sowjetischen Streitkräfte Düsenjäger über der Stadt fliegen und mehrfach die Schallmauer durchbrechen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 öffnete sich die innerdeutsche Grenze und damit auch der „Eiserne Vorhang“.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurde auf der Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn am 20. Juni 1991 der „Hauptstadtbeschluß“ gefaßt, nach dem der Deutsche Bundestag seinen Sitz von Bonn nach Berlin verlegen sollte.

Vom 24. Juni bis zum 7. Juli 1995 wurde das Reichstagsgebäude im Rahmen eines lange geplanten Kunstprojekts des Künstlerehepaars Christo und Jeanne-Claude vollständig mit aluminiumbedampftem Polypropylen-Gewebe verhüllt.

Am 19. April 1999 wurde schließlich das durch den britischen Architekten Lord Norman Foster umgebaute Reichstagsgebäude mit begehbarer Glaskuppel an den Deutschen Bundestag übergeben.

Im Reichstagsgebäude hielt ein Referent des Bundestags einen Vortrag über Aufgaben, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Parlaments sowie über die Geschichte und Architektur des Gebäudes.

Eine der zentralen und wohl auch bekanntesten Aufgaben des Bundestagspräsidenten ist die Leitung der Parlamentssitzungen. Er eröffnet und schließt die Sitzungen, ruft die Tagesordnungspunkte auf und erteilt den Rednerinnen und Rednern das Wort. Bei der Leitung der Plenarsitzungen wechseln sich der Präsident und die Vizepräsidentinnen und -präsidenten in der Regel alle zwei Stunden ab. Die Leitungs- und Ordnungsgewalt geht dabei jeweils auf den amtierenden Präsidenten über.

Die Personen, die rechts und links direkt neben dem Präsidenten sitzen, protokollieren, was beschlossen wurde.

Auf dem ersten Platz in der ersten linken Reihe sitzt der Präsident der Bundesländer, der für ein Jahr gewählt wurde; immer am 1. November. Die weiteren Plätze in diesem Sitzblock stehen den Minister-Präsidenten der Bundesländer zur Verfügung.

Auf der rechten Seite vom Sitzungspräsidenten sitzt die Bundeskanzlerin in der ersten Reihe ganz innen, und auf den anderen Plätzen die Bundesminister.

Danach wurde die Sitzordnung der Parteien erklärt:
Ganz links sitzt die Fraktion „Die Linke“.
Daneben befinden sich die Plätze der „SPD-Fraktion“.
Dann kommt die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“.
Daneben sitzt die „CDU/CSU-Fraktion“.
Dann kommen die Plätze der „FDP-Fraktion“.
Ganz rechts sitzt die „AfD-Fraktion“. Dahinter sind einige Plätze für Abgeordnete ohne Fraktion reserviert.

Danach fuhren wir mit dem Aufzug zur Dachterrasse. Wir gingen den langen schrägen Laufsteg zur Plattform hinauf. Hier machte Frau Uebel mit uns einen Rundgang. Aus der Höhe von ca. 40 m hatte man einen sehr guten Rundblick in alle Himmelsrichtungen.

Nach etwa zwei Stunden löste sich unsere Gruppe langsam auf und wir bedankten uns für die interessante Führung.

Erhard Sonnenfeld

Seminare des VDE-Verlags Berlin im 4. Quartal 2020

Blitz- und Überspannungsschutz

23.11.-27.11.	Grundseminar: Blitz- und Überspannungsschutz

Das Gebäude

05.11.-06.11.	Energieeffizienz in der Gebäudeautomation
09.11.	Digitalisierung im Brandschutz – Teil 1
10.11.	Digitalisierung im Brandschutz – Teil 2
18.11.	Bauordnungsrecht für Elektroplaner
08.12.	Sicherheitsbeleuchtung für Rettungswege in Gebäuden
14.12.	Sicherheitsbeleuchtung für Rettungswege in Gebäuden

Elektrotechnik

06.10.	Jahresunterweisung für Elektrofachkräfte
07.10.	Jahresunterweisung für Elektrofachkräfte
09.11.-11.11.	Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten Teil 1: Fachtheorie
12.11.-13.11.	Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten Teil 2: Praxis
19.11.-20.11.	Normgerechtes Prüfen von Ladetechnik im Rahmen der E-Mobilität
23.11.-24.11.	Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 1: Grundlagen
25.11.-26.11.	Schaltberechtigung für Starkstromanlagen bis 36 kV Teil 2: Praxis
27.11.	Jahresunterweisung für Schaltberechtigte
01.12.-02.12.	Fachkunde für die elektrotechnisch unterwiesene Person (EuP)
03.12.	Jahresunterweisung für Elektrofachkräfte
04.12.	Jahresunterweisung für die elektrotechnisch unterwiesene Person (EuP)
07.12.-11.12.	Grundseminar EMV und Oberschwingungen
07.12.	Jahresunterweisung für die verantwortliche Elektrofachkraft
15.12.	Jahresunterweisung für Elektrofachkräfte
16.12.	Jahresunterweisung für die verantwortliche Elektrofachkraft

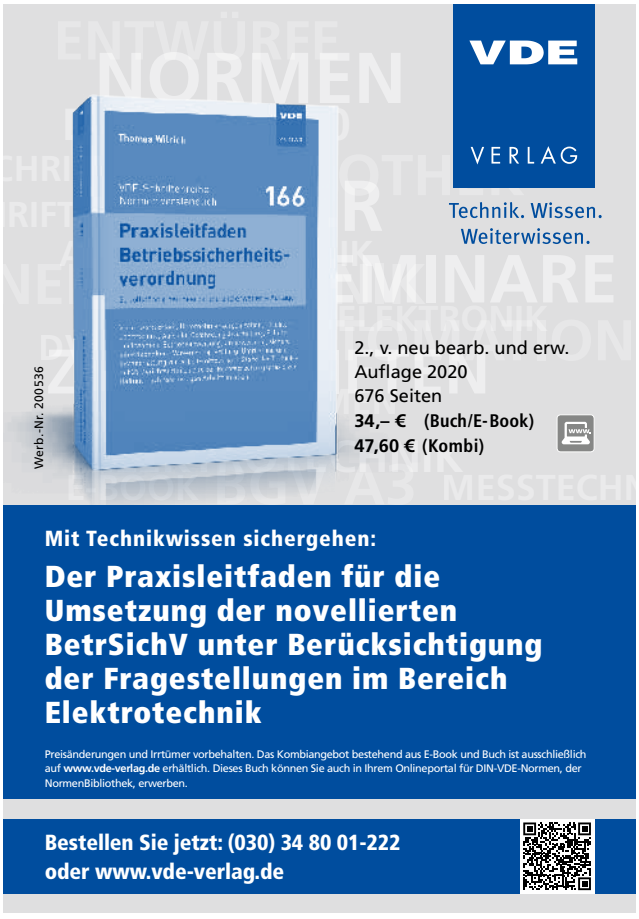
Informationstechnik

04.11.	Informationstechnische Gebäudeverkabelung
23.11.-26.11.	Fachkraft für Glasfaserinstallation

Mess- und Prüftechnik

02.11.-03.11.	Prüfen elektrischer Anlagen, Betriebs- und Arbeitsmittel
30.11.	Prüfen ortsveränderlicher elektrischer Betriebs- und Arbeitsmittel

Anzeige



... Fortsetzung von Seite 5

Verfahren entwickelte. Er verweist darauf, dass ihr Verfahren gegenüber den bisherigen Methoden – Gewinnung aus Salzseen und Festgestein – entscheidende Vorteile bietet: Bereits bestehende Infrastruktur ist nutzbar, so dass pro Jahr bis zu zwei Milliarden Liter Thermalwasser hin- und zurückströmen. Abraum fällt kaum an, der Flächenbedarf ist minimal.

Das alles hat – über Lithium hinaus – gute Gründe: Die Geothermie am Oberrhein wird bereits seit langem genutzt. Die Region besitzt allein vier Thermal-Heilbäder.

... Fortsetzung von Seite 7

ren zuvor. Für dieses Jahr hat der Verband 805 Millionen Euro vorgesehen (plus 35,4 Prozent). Allerdings sind die Planungen vor der Corona-Zeit zustande gekommen, „sodass unklar ist, wie sie angesichts der pandemiebedingten Einschränkungen in vollem Umfang umgesetzt werden können“.

Wirtschaftserholung verliert an Schwung

Die Erholung der deutschen Wirtschaft von der Corona-Rezession hat im August überraschend nachgelassen, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Der Einkaufsmanagerindex, der die Geschäfte von Industrie und Dienstleistern zusammenfasst, fiel um 1,6 auf 53,7 Punkte, wie das Markit-Institut mitteilte. Experten hatten mit 55 Zählern gerechnet. Dazu sagte der Markt-Ökonom Phile Smith, die Verlangsamung konzentriere sich auf den Dienstleistungssektor, wo das Wachstum fast zum Stillstand gekommen sei. Die deutsche Wirtschaft war im zweiten Quartal um 10,1 Prozent geschrumpft – so viel wie noch nie, da die Corona-Beschränkungen zur Schließung von Geschäften und Fabriken führte. Für das laufende Quartal rechnen Experten mit einem deutlichen Wachstum.

Hinweis aus aktuellem Anlass:

Aus den Veranstaltungsprogrammen I/2020 und II/2010 sind infolge der Corona-Krise und den sich daraus entwickelten Einschränkungen fast alle Veranstaltungen ausgefallen. Die jetzt angebotenen Veranstaltungen konnten dadurch seinerzeit nicht durchgeführt werden. Sie sollen z.T. in den Monaten September bis Dezember 2020 nachgeholt werden. Dabei handelt es sich lediglich um Veranstaltungen im Freien, Gruppenveranstaltungen in Räumen, z.B. in Museen, sind z.Z. noch nicht möglich. Die Veranstaltungen unterliegen weiterhin den Vorgaben der Eindämmungs-VO. Das wirkt sich auf die Zahl der Teilnehmer aus. Daher werden Ihre Anmeldungen noch nicht bestätigt, sondern erst gesammelt, um einen Überblick zu bekommen. Erst dann wird eine Bestätigung ausgesprochen.

Veranstaltungen des IfKom e.V.

Sofern nichts Anderes angegeben, ist die Teilnehmerzahl begrenzt und Sie werden gebeten, sich in der ETV-Geschäftsstelle (siehe Impressum) anzumelden

Alle Stadtführer haben sich für eine maximale Teilnehmerzahl von 12 Personen je Veranstaltung ausgesprochen. Nach den bisherigen Erfahrungen werden jedoch mehr Anmeldungen eingehen. Wir werden dann versuchen, einen zweiten Termin zu vereinbaren. Sollten die Einschränkungen gelockert werden, kann sich die Zahl der Teilnehmer ggf. erhöhen.

Da die zu entrichtenden Gebühren für die Stadtführer unabhängig von der Zahl der Teilnehmer sind, sind wir aufgrund der schwierigen finanziellen Situation leider in einigen Fällen gezwungen, den jeweiligen Eigenanteil auf 10 €/Teilnehmer zu erhöhen.

Stadtführung

Mittwoch, 28.10.2020
14.00 Uhr

Preußisches Berlin
Stadtgang mit Frau Uebel

Treffpunkt am Berliner Dom, Westseite Haupttreppe
Es wird ein Eigenanteil in Höhe von € 10,00 pro Teilnehmer erhoben.

Stadtführung

Mittwoch, 04.11.2020
14.00 Uhr

Berliner Kieze – Kreuzberg SO36
Stadtgang mit Herrn Grosch

Treffpunkt:
Görlitzer Park, Eingang Skalitzer Str., 10997 Berlin

Veranstaltungen des ETV im 4. Quartal 2020

Aufgrund der Corona-Pandemie können wir die nachfolgenden Veranstaltungstermine nur unter Vorbehalt bekanntgeben. Wir werden Sie aktuell jeweils per Rundmail bzw. per Post vorab informieren. Die im VDE-Haus geplanten Veranstaltungen erfolgen jeweils unter Einhaltung der Hygienevorschriften.

Donnerstagslektion

Donnerstag,
08.10.2020

Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz
Dr. Isabella Hermann
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
geplant als Online-Veranstaltung
nähere Informationen folgen

Bezüglich der ETV-Donnerstagslektionen im November und Dezember befinden wir uns noch in der Planung. Sollte es möglich sein, dann würden wir diese Termine mit dem ETV-Jahrestreffen zusammenlegen, wobei hinsichtlich der Größe der Räumlichkeit die Zahl der Teilnehmer ggf. beschränkt werden muss.
Wir werden Sie zeitnah informieren.

Exkursion

Dienstag, 27.10.2020
14.00 Uhr

Besuch der Schleuse Kleinmachnow
Dipl.-Ing. W. Schwirkslies
(mit der Bestätigung der Anmeldung wird der Treffpunkt mitgeteilt)

AK Obsoleszenz

Geplante Veranstaltungen

jeweils von 18.00-20.00 Uhr im VDE-Haus
Bismarckstr. 33, 10625 Berlin

Mittwoch, 14.10.2020	**Neues vom Campus**
Mittwoch, 04.11.2020	**Aus der Praxis**
Mittwoch, 16.12.2020	**Jahresabschluss mit Film und Ausblick**

Veranstaltung der Hochschulgruppe TU Berlin

Montag, 23.11.2020
15.00-17.00 Uhr

Tech Talk mit Cisco Systems
Cloud Computing und IT-Security

Web-Seminar
Anmeldungen bitte unter hsgberlin@vde-youngnet.de